

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

HERBERT KICKL
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbuero@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/0078-II/2018

Wien, am 12. März 2018

Die Abgeordneten zum Nationalrat Hochstettner-Lackner, Lueger, Genossinnen und Genossen haben am 31. Jänner 2018 unter der Zahl 195/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „die Schändung einer Grazer Moschee am 05.05.2016“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 3 und 9 bis 12:

Das Verfahren ist bei der zuständigen Staatsanwaltschaft anhängig. Um allfällige Ermittlungsergebnisse nicht zu konterkarieren, wird von einer Beantwortung der Fragen Abstand genommen.

Zu den Fragen 2, 8 und 13:

Die Beantwortung dieser Fragen fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres.

Zu den Fragen 4 bis 7:

Das Bundesministerium für Inneres kann Fragen nur hinsichtlich seines Vollzugsbereichs beantworten. Allgemein wird darauf hingewiesen, dass im Falle einer entsprechenden Verdachtslage nach dem Sicherheitspolizeigesetz, der Strafprozessordnung oder den sonst

einschlägigen Gesetzen Erhebungen durchgeführt und das Ergebnis den zuständigen Verwaltungs- bzw. Gerichtsbehörden angezeigt wurden.

Zu Frage 14:

Nein.

Zu den Fragen 15 und 16:

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

Allgemein wird darauf hingewiesen, dass statistisches Datenmaterial, sofern geführt, immer anonymisiert ist, weshalb Rückschlüsse auf natürliche oder juristische Personen nicht möglich sind.

Die in den jährlichen Verfassungsschutzberichten angeführten Anzeigestatistiken umfassen auch nicht sämtliche religiös motivierte Straftaten, sondern nur die im Zusammenhang mit Rechtsextremismus den Staatsschutzbehörden im jeweiligen Berichtszeitraum bekannt gewordenen angezeigten Sachverhalte.

Zu den Fragen 17 und 18:

Neben der konsequenten Verfolgung solcher Straftaten setzt das Bundesministerium für Inneres bzw. das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung seit Jahren auf umfassende (in- und externe) Sensibilisierungs- und Präventionsmaßnahmen, wobei insbesondere Kooperationen mit Nichtregierungsorganisationen einen hohen Stellenwert einnehmen.

Herbert Kickl

